

Krafer Zeitung.

Nr. 220.

Montag den 26. September

1864.

Die „Krafer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Krafer 3 fl., mit Befreiung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Mr., einzelne Nummern 5 Mr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

VIII. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatt für die viergespaltene Beilage 5 Mr., im Anzeigebrett für die erste Einrückung 5 Mr., für jede weitere 3 Mr. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Mr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Karl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Einladung zum Abonnement

auf das mit dem 1. October d. J. beginnende neue Quartal der

„Krafer Zeitung.“

Der Pränumerations-Preis für die Zeit vom 1. October bis Ende December 1864 beträgt für Krafer 3 fl., für auswärtig mit Inbegriff der Postzusendung 4 fl.

Abonnements auf einzelne Monate (vom Tage der Zufendung des ersten Blattes an) werden für Krafer mit 1 fl., für auswärtig mit 1 fl. 35 Mr. berechnet.

Amtlicher Theil.

Nr. 22.797.

Die Gemeinden Krzęcin und Polanka (Wadowicer Kreises) haben im Zwecke der Dotirung einer Trivialschule in Krzęcin, an welcher der Schul- und Organistendienst vereinigt sein soll, nachstehende Verbindlichkeiten übernommen:

1. Zum Unterhalte des Lehrers 150 fl. öst. W. beizutragen, wovon auf Krzęcin 120 fl. 56 kr. österr. Währung, auf Polanka 29 fl. 44 kr. österr. Währung entfallen solle.
2. Das schon bestehende Schulgebäude entsprechend zu adaptiren, dasselbe stets im guten Stande zu erhalten, mit den nöthigen Einrichtungen zu versehen und für die Schulaufbewahrung und das Heizen im Schulofen Sorge zu tragen.
3. Zur Schulbeheizung will die Gemeinde Krzęcin jährlich 2 Klafter weiches Brennholz ankaufen, zuführen und spalten.

Ferner hat der in Krzęcin gewesene Pfarrer Joseph Fox zur Dotirung der Schule in Krzęcin den Betrag von 21 fl. öst. W. eingezahlt.

Dieses an den Tag gelegte Streben zur Hebung der Volksbildung wird anerkennend zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Krakau, am 15. September 1864.

Er. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung v. m. 16. September d. J. dem Adjuncten der österreichischen Finanz-Procuration, Dr. Moriz Guder, in Anerkennung seiner vorzüglichen Dienstleistung, tarfere den Titel eines Finanzrathes allergnädigst zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 26. September.

Die Nachrichten über die Friedensconferenzen sind gleich Null. Wie eine Wiener Tel. der „Schl. Ztg.“ meldet, tagen die Commissionen der Friedensconferenz ununterbrochen fort. Die Gränzoperate sind den beiderseitigen Kriegsministerien vorgelegt worden. Die Berliner „Zeidler'sche Correspondenz“ bleibt dabei, daß die Friedensconferenz lediglich wegen der Gränzfrage stocke. Nach Berichten aus London vom 23. d. steht Lord Clarendons Reise nach Wien außer Zusammenhang mit der Friedensconferenz.

Zu dem vorgestern erwähnten Depeschewechsel zwischen Frn. v. Bismarck und Lord Russell bemerkt die „N. Y. Z.“: Lord Russell scheint sich als der umgekehrte Beistand zu stellen zu wollen. Während Fr. v. Bismarck die Friedens-Präliminarien deshalb verwirft, weil der König von Dänemark kein Recht gehabt habe, so wie geschah, die Herzogthümer abzutreten, findet Lord Russell in den Präliminarien die Anerkennung des Besitzrechts des dänischen Königs und darin wieder die Hinsichtlichkeit der Abtretungen und die indirecte Anerkennung des Londoner Vertrages. — Für Lord Russell ganz nett, aber wozu dieser Senf nach dem Essen? Sodann hat Lord Russell in seiner Depesche eine Warnungstafel vor sich selbst aufgerichtet. Man darf ihn nicht um Weisheit und Gerechtigkeit bitten, denn er findet darin eine Aufforderung, unhöflich und anmaßend zu sein. Endlich kommt der sprichwörtliche Repräsentant der Civilisation und Humanität wieder auf die 300.000 Dänen in Schleswig und auf eine zweckmäßige Anwendung des allgemeinen Stimmrechtes zurück. Wir hätten nur gewünscht, daß der Minister Englands sich über das Ziel, welches er hiermit verfolgt, etwas deutlicher ausgesprochen hätte. Kleine Pfiffzettel reichen nicht aus, um den deutschen Großmächten die Früchte des Sieges zu escamotiren, und Se. Herrlichkeit werden es uns nicht verargen, wenn wir lieber dem Beispiel als den Rathschlägen Englands folgen.

Die preussische Erwiderung auf Russell's Antwort

vom 20. August datirt vom 31. August; sie dürfte nicht veröffentlicht werden. Diese Erwiderung weist die Besorgnisse Russell's wegen Bedrückung der Schleswiger dänischer Zunge entschieden zurück, hervorhebend, daß zu solcher Besorgniß keine Veranlassung vorliege.

Ueber die Abberufung des englischen Gesandten am Berliner Hofe, Lord Buchanan, circuliren die mannigfachen Angaben, die aber oft von der Wahrheit weit abweichen. Aus zuverlässiger Quelle werden folgende Mittheilungen gemacht. Der Lord glaubte in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit, ohne daß er von seiner Regierung hierzu aufgefordert werden war, einen Ton anschlagen zu müssen, der verlegen oder doch mindestens den diplomatischen Verkehr zwischen den Cabineten von Berlin und London zu einem nicht angenehmen machen mußte. Die englische Regierung erkannte sehr bald, daß ihr Gesandter hier eine Stellung eingenommen hatte, welche nicht im Stande war die Interessen Englands in Berlin würdig und mit Erfolg zu vertreten. Er hatte auf diese Weise selbst bei seiner Regierung die Nothwendigkeit hervorgerufen, auf einen Personen-Wechsel Bedacht zu nehmen.

Die „Hamburger Börsen.“ dementirt die von den „Hamb. Nachr.“ gebrachte Nachricht von der Reise des Herzogs von Augustenburg. Dasselbe Blatt meldet, daß der Admiral Tegetthoff wegen der Frage bezüglich der Ueberwinterung der Flotte nach Wien berufen worden sei.

Dänemark hat nach der „Bezerzt.“ in Wien Forderungen an Dänemark auf Schadloshaltung für die völkerrechtswidrig verlegte, zeitweilige Beschlagnahme eines Dänenburgischen Schiffes angemeldet. Das Gleiche lei von Hannover, Mecklenburg und den Hansestädten in Bezug auf die von den Unterthanen dieser Staaten erlittenen Schädigungen geschehen.

Der f. g. deutsche Nationalverein scheint wirklich demnächst in einer General-Verammlung (Eisenach) seine Wiedererhebung feiern zu wollen. Die „Wochenchrift des Nationalvereins“ sagte darüber in diesen Tagen ungefähr Folgendes: „Der Nationalverein habe in der letzten Zeit in einem freiwilligen Todeschlummer gelegen; er habe sich für die Dauer der schleswig-holsteinischen Verwickelung gleichsam selbst mediatisirt und dem Central-Ausschuß (36er) substituiert, bloß und allein, um eine Einigung der beiden großen deutschen Parteien zu erzielen und fremdartige Motive fern zu halten. Jetzt aber, wo es sich um die Constituirung des befragten Schleswig-Holstein handle, schienen die Ansichten und Ziele doch auseinanderzugehen, und es sei Zeit, daß der Nationalverein wieder seine Stellung annehme.“ Also: durch ein Votum des Nationalvereins, der während der Befreiung Schleswig-Holsteins, wie er selbst sagt, im Todeschlaf gelegen, glaubt man die Constituirung Schleswig-Holsteins in das rechte Geleis zu bringen! Im September 1864! Welche — Naivetät!

Die Verhandlungen über die römische Frage betr., bezeichnet ein Pariser Correspondent der „Presse“ folgendes als Quintessenz des, wohlgeordnet, außer officiellen Depeschewechsels zwischen den Cabineten von Paris und Turin. Als die italienischen Staatsmänner den Kaiser Napoleon um Wiederaufnahme der seit dem Tode Cavour's fallengelassenen Negotiationen angingen, schoben sie die finanzielle Situation als das dringendste Moment in den Vordergrund. Es war eine Thatsache, welche der Kaiser gelten lassen mußte, daß die Geldmittel des Turiner Cabinets erschöpft sind, daß die großen europäischen Creditgeber ihm den Rücken gewendet haben, und daß es mit neuen Ansprüchen an die Steuerkraft des Landes ohne jedes Gegengebot schlechterdings nicht vor die Kammer treten kann. Da der Kaiser sich nun zu einem entscheidenden Schritte nach der politischen Seite nicht entschließen konnte, lag es in seinem eigenen Interesse, auf Mittel zu sinnen, wie den finanziellen Bedrängnissen des Nachbarlandes wenigstens für eine neue Frist abzuhelfen wäre. In diese Phase fallen die wiederholten Berufungen der Herren Persigny und des Finanzministers nach Vichy. Alle Versuche eines Arrangements scheiterten indeß an der Geldcalamität, welche sich inzwischen von London aus über alle europäischen Märkte verbreitet hat und noch zur Stunde mit ungebrochenem Druck auf den Börsen lastet. Dazu trat oder vielmehr tritt — denn wir sind bereits bei der jüngsten Gegenwart angelangt — daß sich dormalen bei nicht mehr und nicht weniger als vierzehn Regierungen die Nothwendigkeit declarirt hat, den öffentlichen Credit in Anspruch zu nehmen. Diese in Friedenszeiten unerhörte Erscheinung soll den Kaiser in der letzten Zeit vielfach beschäftigt und manche wehmüthige Erinnerung an sein Congressproject in ihm wachgerufen haben. Endlich hätte er sich (so wird mir aus der nächsten Umgebung des mit diesem Verlauf der Sache ungemein

zufriedenen Herrn Drouyn de Lhuys versichert) entschlossen, dem Turiner Cabinet als Basis und Ausgangspunkt aller weiteren Unterhandlungen eine namhafte Herabsetzung der italienischen Land- und Seemacht vorzuschlagen, indem er sich sofort anheischig machte, die österreichische Regierung für eine gleiche Maßregel, die er unverweilt auch selbst adoptiren würde, zu gewinnen. Es ist nicht bekannt, welchen Preis Napoleon seinem Allirten für diesen Act der Selbstverleugung, der natürlich als ein durchaus spontaner und von den edelmüthigsten Gesinnungen eingegebener gefeiert werden würde, in Aussicht gestellt hat. (Der „Constitutionnel“ scheint darüber aufzuklären. Die Red.).

Die „Presse“ nennt den neuen französisch-italienischen Vertrag, diesen neuen „völkerbefreienden“ Act Frankreichs, eine Mystification. So weit der Vertrag bisher bekannt wurde, sagt dieselbe, opfert Italien durch denselben seine Prästention auf Rom, als die Hauptstadt des neuen Reiches; es verpflichtet sich, den Papst im Besitze Roms zu schützen, und übernimmt einen Theil der römischen Staatsschuld. Das sind nun durchgehends Lasten, und welche Vortheile werden Italien dagegen eingeräumt? Offensibel keine, auch nicht die geringsten. Die italienischen Staatsmänner haben daher das Uebereinkommen nur allein in der Absicht getroffen, dasselbe bei nächster Gelegenheit zu brechen und sich in den Besitz von Rom zu setzen. Mindestens eben so schlaue wie die Herren Nepoli und Genossen ist jedoch Napoleon III., und die sichere Voraussicht, daß Italien den Vertrag nicht halten werde, machte es ihm leicht, denselben einzugehen, mit der Bereitwilligkeit zu prunken, seine Hand von Rom abziehen und Italien sich selbst zu überlassen, denn der erste aggressive Schritt der italienischen Staatsmänner gegen Rom bietet ihm Anlaß, den Vertrag für annullirt zu erklären und den gegenwärtigen Stand in Rom wiederherzustellen. Das viele Blut, welches inzwischen vergossen wurde — flösse eben zu dem andern. Die öffentliche Meinung wendet sich mit Widerwillen von dieser Probe echt corrischer Politik ab. Ein gut unterrichteter Correspondent aus Paris meldet der „Presse“ vom 21. d. M.: „Der franco-italienische Vertrag bildet ein Seitenstück zu der Defensiv-Convention, die Anfangs 1859 von dem Marschall Niel mit Piemont in Turin abgeschlossen wurde. Er enthält einige Artikel, die den Kammern nicht vorgelegt werden sollen, Defensiv-Bestimmungen, deren Solidarität Frankreich wie Italien bei einem Angriffe von Außen zugute kommen soll. Die Verpflichtung Italiens, das päpstliche Gebiet zu respectiren, ist sehr hübsch gefaßt. Der Kaiser scheint darauf besonderes Gewicht zu legen, wird jedoch ernsthaft darauf dringen, daß Reformen in der römischen Verwaltung eingeführt werden. Daß dabei der französische Einfluß nicht leer ausgehen, sondern vielmehr präpotent werden soll, versteht sich von selbst. Es heißt sogar, der Fall einer Schilderhebung in Rom, nach dem Abzuge der französischen Garnison, sei vorgegeben. In diesem äußersten Falle verpflichtet sich Italien, nicht ohne die Zustimmung Frankreichs zu interveniren. Diese Version läuft hier in Kreisen um, die zur Fahne von Le Monde halten. Sie wird übrigens auch außerhalb derselben für vollständig richtig gehalten, obgleich die italienische Regierung gerade diesen Punkt nicht an die große Glocke hängen wird.“

Durch die gesammte Pariser Tagespresse geht heute ein starker Zug von Ernüchterung in Bezug auf die italienische Angelegenheit. Die zuverlässigste Sprache der transalpinischen Blätter beginnt gleichfalls zu wanken. Die amtliche Presse schweigt; der „Constitutionnel“ und das „Pays“ nehmen, bezeichnend genug, nur von der Frage der Verlegung der italienischen Hauptstadt Notiz. Die Alericalen endlich affectiren große Seelenruhe, die einzige „Gazette de France“ ausgenommen, welche, offenbar zur Recognition vorgezogen, einen gewaltigen Alarmruf an die gesammte katholische Christenheit losgelassen hat. Allgemein wundert man sich, daß auch der Abend-Moniteur, welchen man expreß für Fälle wie dieser geschaffen glaubte, tiefes Schweigen beobachtet. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Krisis, in welche die italienische Frage getreten ist, einen Weg nimmt, welcher den nationalen Einheitsideen stracks zuwiderläuft. Nicht an den heiligen Stuhl, sondern an den Thron Victor Emmanuel's scheint die ernsteste Prüfung heranzutreten, und, wie soeben eine Depesche meldet, hat die Actionspartei in der gegenwärtigen Hauptstadt Italiens selbst bereits ihre Stimme vernehmen lassen.

All dieser „Schall und Rauch“, schreibt der Pariser Correspondent der „Presse“ vom 22., umnebelt lediglich die finanzielle Frage. Ich weiß einen Staatsmann, welcher in den letzten Unterhandlungen, obgleich

niemals genannt, die erste Rolle gespielt hat; dieser Mann heißt James Freiherr v. Rothschild. Das italienische Deficit hat die runde Summe von 500 Millionen erreicht, der Verkauf der Staatsbahnen und Staatsdomänen ist der letzte Rettungsanker. Nun hat Rothschild sich zu diesem Geschäft nur unter der Bedingung bereit erklärt, einmal daß in Italien, gleichviel innerhalb welcher Gränzen, ein definitiver Zustand hergestellt, und zweitens, daß der Armeezustand jenseits der Alpen auf einen der materiellen Kraft des Landes angemessenen Fuß herabgesetzt werde. In dem letzten Punkte hat sogar das englische Cabinet seine Vorstellungen in Turin mit jenen des Pariser Finanzmannes vereinigt und die Zulassung neuer italienischer Obligationen zum Londoner Geldmarkte an diese Bedingung geknüpft. Unrichtig ist es, als wäre Victor Emanuel zugemuthet worden, daß er mit hübschen Worten, wie auf Rom, so auch auf Venedig verzichten solle. Alles, was die Beziehungen zwischen Italien und Oesterreich betrifft, blieb der Zukunft vorbehalten, und die Unterhandlungen mit Rom werden gleichfalls nicht eröffnet werden, ehe die italienische Regierung ihre Signatur unter den Verzicht auf Rom gesetzt hat, und mit der Reduction ihrer Armee und Flotte thatsächlich vorgegangen ist.

Die „France“ sagt aus Anlaß der Uebertragung der Hauptstadt von Italien nach Florenz, daß in dem Acte, welcher soeben vollzogen wird, etwas anderes als die römische Frage stecke. Es ist das Vorurtheil und die Befürchtungen Italiens, welche von der Haltung Oesterreichs, von dessen militärischen Dispositionen an der Gränze und von den Allianz-Eventualitäten herrühren, welche durch die Zusammenkünfte von Kissingen und Karlsbad eine Beglaubigung erhielten. Oesterreich könnte allen Verwicklungen ein Ende machen, wenn es allen ehrgeizigen Hintergedanken bezüglich Italiens entsagte wie dies Italien soeben hinsichtlich Roms that, die vollendeten Thatsachen anerkennt, und endlich die Frage wegen Venedigs, welche eine permanente Bedrohung und Beunruhigung Europas ist, auf friedlichem Wege regelt.

Der obige Artikel der „France“ über die französisch-italienische Convention, besagt ein Wiener Telegramm der „Schl. Ztg.“, ist dort ohne Belang aufgenommen worden. Der Abschluß der Convention ist Pariser Nachrichten zufolge im Einverständniß mit Rußland und England erfolgt.

„Pays“ versichert, Graf Sartiges habe dem Cardinal Antonelli die franco-italienische Convention, deren Ratificationen am 20. d. ausgetauscht worden, am 23. d. mitgetheilt.

In Turin spricht man von der Neubildung des Ministeriums; unter den Candidaten für das auswärtige Amt wird auch Chevalier Rigny genannt. Gegen Ricassoli hat der französische Gesandte sich ausgesprochen. Man besorgt nicht mehr, daß die Ansuchen sich erneuern werden. Nach einem Telegramm aus Turin vom 23. d. hat der König Lamarmora mit der Bildung eines Cabinets beauftragt. Einem Turiner Telegramm des „Wanderer“ zufolge wurde nebst dem General Lamarmora auch Graf Ponza di San Martino zum König wegen Bildung eines neuen Ministeriums berufen.

Die über die Abicht der spanischen Regierung, San Domingo aufzugeben verbreiteten Gerüchte sind für grundlos zu halten. Die Madrider „Correspondencia“ glaubt, daß es vor allem noth thut, die National-Opere durch Unterdrückung des Aufstandes zu retten, und dahin wird man in dem nächsten Feldzuge mit den augenblicklich in Bereitschaft gehaltenen Mitteln leicht gelangen. Die Cortes werden dann entscheiden, ob es wünschenswerth ist oder nicht, diese Besitzungen Spaniens zu behalten.

Die Königin Christine kehrt erst im October nach Madrid zurück. Sie wird in Sevilla residiren.

Ein Krafer Correspondent des „Dz. Warsz.“ erwähnt der im vorigen Jahre in Genf erschienenen Broschüre unter dem Titel: „Kurze historische Darstellung über Polen, aus den Bemerkungen des Grafen Ladislaus Strojnowski zusammengestellt“, welche entschieden der Meinung entgegentritt, als hätte die Militäraushebung in Warschau im Jänner 1863 die Revolution hervorgerufen. Die Broschüre zeigt offenkundig, daß schon im Juli 1862 Graf L. Strojnowski, der „Gründer des National-Comité's“, den Gedanken faßte, den benachbarten Adel zum Anschließen an die „Partei der That“ zu bewegen. Am 6. Oct. versammelten sich 64 Gelleute bei Strojnowski, der gegen die „Weißen“ auftrat, und beschloß, sich mit der Leitung der nationalen Bewegung vollständig zu vereinigen. Die Thätigkeit des Grafen Strojnowski war hiemit nicht zu Ende. Auf vielen Veraminlungen (S. 80) bald in Warschau, bald in anderen

Wojwodschaffen predigte er energisch die Nothwendigkeit der Beschleunigung der Vorbereitungen zum Kampf, welche die Verammlung einiger Commissäre des nationalen Central-Comité's zur Folge hatten. Elf dieser Patrioten, heißt es in der Broschüre weiter, versammelten sich deshalb am 1. Jänner 1863 in Stuchów, (in Majowien, auf den Sütern Strojnowski's), und beschloffen, an das National-Comité eine Art Adresse zu richten, die aus 3 Punkten bestand. Der letzte enthielt die kategorische Frage, ob es seine Bestätigung zum Aufstand auf den 15. Jänner gebe, wie es die Verschwörer aus allen Theilen Polens wünschen und fordern. Die Adresse schloß mit der Erklärung, daß der Kampf am 15. Jänner eröffnet werde, sollte die Entscheidung des nationalen Central-Comité's wie immer lauten. Dies genügt vollkommen zum Beweis, sagt der Correspondent, daß die Militäraushebung nicht die Ursache des Aufstandes war, daß sie nicht einmal den Augenblick seines Ausbrechens beschleunigte, da das nationale Centralcomité, das später sich in die Nationalregierung umänderte, einen Monat vor dem Ausbruch aufgefordert wurde, das Zeichen zum 15. Jänner zu geben.

Ein Pariser Correspondent der „Gazeta Narodowa“ berichtet über den Tod der drei Cardinale Savelli, Bedini und Geissel und fragt bei dieser Gelegenheit, warum die polnische Geistlichkeit sich nicht bestrebe, daß einer der polnischen musterhaften Capläne den Cardinalshut erlange. „Wer könnte heißt es wörtlich, in Rom die Kirche besser verteidigen und beweisen daß die gut verstandene Religion mit Bürgerpflichten nicht im Widerstreit stehe? Die Bescheidenheit ist gewiß eine Tugend, im Dienste des Landes und der Kirche ist aber die edle Ambition ein Pflicht. Die polnischen Katholiken verdienen durch Glauben und Aufopferung [für die revolutionären Zwecke? D. R.], in Rom Vertreter zu haben.“

Nach heute vorliegenden Nachrichten bestätigt sich die vorgestern gemeldete Aenderung im württembergischen Ministerium. Ueber die Stellung der Regierung zum Zollverein wird dabei nichts weiter gemeldet. Die Notiz, daß der Vice-Präsident der zweiten Kammer Freiherr v. Arnhäuser das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten übernommen, zeigt, daß die Stuttgarter Ministerkrise nicht mit der Zollvereinsfrage in Verbindung zu bringen ist. Freiherr v. Arnhäuser, der bekanntlich einer der eifrigsten Anhänger der großdeutschen Partei ist, war mit Moritz v. Mohl Berichterstatter über den preußisch-französischen Vertrag und sein Name findet sich unter jenen Anträgen der Commission, in welchen die k. Staatsregierung das volle Einverständnis mit der Ablehnung des preußisch-französischen Vertrages, den Dank der Kammer für die dadurch betheiligte Vertretung der nationalen und Landesinteressen und die Ansicht ausspricht, daß eine Vereinigung Oesterreichs mit dem Zollvereine zu einem gemeinsamen Zoll- und Handelskörper gegen außen mit einheitlicher Zollgesetzgebung und mit innerlich freiem Verkehr der Natur- und Gewerbszeugnisse, jedoch mit einer Zwischenlinie zu geeigneter Sicherstellung der beiderseitigen inneren Steuern und zu abgeordneter Erhebung des wesentlichen Theiles der Zolleinkünfte Oesterreichs und des übrigen Zollvereins eine der wichtigsten Aufgaben sei, welche die deutschen Staaten zu erzielen berufen seien.“ Es liegt durchaus kein Grund zur Annahme vor, daß Herr v. Arnhäuser von den hier ausgesprochenen staatsmännischen Grundsätzen abgegangen sein sollte und das dürfte bei der Beurtheilung der Haltung Württembergs in der Zollvereinsfrage wohl in Anschlag zu bringen sein. Auch nach Ansicht der „Zeider'schen Corr.“ ist der neueste Ministerwechsel in Württemberg ein Preußen feindlicher.

Die „Z. C.“ schreibt, daß bei der Krisis, welche während der letzten Tage das Stuttgarter Cabinet zum Wanken brachte, es sich um die Frage handelte, ob die württembergische Regierung die Zoll-Conferenzen in München beschicken oder einen Commissar nach Berlin senden und noch vor dem 1. October ihren Beitritt zu dem neuen Zollverein erklären solle. Eine Zeit lang schien es, als ob die Partei, welche das letztere Verfahren empfahl, den Sieg davon tragen würde, zumal der Finanzminister zu ihr zählte, welche darauf aufmerksam machte, daß einerseits von Oesterreich keine Unterstützung mehr zu erwarten sei und daß andererseits die öffentliche Meinung die Erhaltung des Zollvereins gebieterisch verlange. Als die Entscheidung des Königs auf sich warten ließ, suchte der Finanzminister dieselbe zu beschleunigen, indem er für den Fall, daß seine Ansicht nicht genehmigt würde, um seine Entlassung bat. Wider Erwarten wurde ihm der Abschied ohne viel Weiterungen bewilligt. Mit dem Finanzminister schieden bekanntlich zwei Kollegen aus dem Ministerium, worauf Herr v. Arnhäuser mit der Leitung der Geschäfte betraut wurde. Was man von dem Programm dieses Staatsmannes vernimmt, so läßt sich daselbe in die zwei Worte „Selbstständigkeit Württembergs“ zusammenfassen. Der König, der fast noch strenger als sein Vater auf die Souveränität des württembergischen Thrones und Staates hält, will unter allen Umständen den Schein vermeiden, als ob seine Regierung durch Zwang zu einem politischen Act bezwungen sei. Württemberg hat nunmehr die Conferenzen in München bestritten, bei welcher bekanntlich aus Nassau vertreten ist. Dort will man nach den Mitteln einer selbstständigen Action suchen.

Ein Münchener Corr. der „N. P. Z.“ behauptet, daß der nassauische Finanzdirector v. Hemskert den Auftrag hatte, dort die von seiner Regierung erfolgte Beitrittserklärung zum Handelsvertrag zu motiviren. Dasselbe werde von ihm in Wien geschehen.

Die Württembergischen Bevollmächtigten hätten ebenfalls keine Vollmachten, das zwischen Baiern und Württemberg angeknüpfte Separatbündniß fester zu binden, sondern zu lösen.

Nach einer tel. Depesche der „Presse“ aus Berlin treten Baiern, Württemberg und Nassau in München zu einer Berathung zusammen, um sich über ihren gemeinschaftlichen Beitritt zu den Zollverträgen vom 28. Juni und 11. Juli zu verständigen. In Berlin ist die Freude darüber eine sehr getheilte.

Nach dem „Frankf. Journal“ soll der Beitritt von Großh. Hessen und Nassau zu dem reconstituirten Zollverein nur unter der Bedingung, daß in beiden Staaten der Rhein- und Brückenzoll demnächst in Wegfall komme, stattgefunden haben, resp. stattfinden können. Die Sache hat also ihr gewaltiges nisi.

Prag, 24. September. Meine Andeutungen über den voraussichtlichen Erfolg der hiesigen Zoll-Conferenz waren vollkommen richtig. In Berliner Fachblättern finden Sie die Bestätigung. Oesterreichs Recht auf Zollvereinigung, wie dies in dem Vertrage vom 19. Februar 1853 vereinbart worden ist, wird von preussischer Seite, wie wir dies auch wiederholt hervorgehoben haben, an und für sich nicht bestritten. Der Schwerpunkt liegt in dem Zeitpunkt der Verwirklichung dieses Rechtes; dieser Schwerpunkt bildet aber freilich auch vorzugsweise den Gegenstand dieser Differenz. Die Lösung derselben ist nun durch die Prager Besprechung in der Art wahrscheinlich geworden, daß der Handelsvertrag zwischen Oesterreich und dem Zollverein unter Berücksichtigung des Handelsvertrages mit Frankreich erneuert und in der Einleitung zu dem neuen Vertrage als Zweck desselben die „Anbahnung“ einer späteren Zollvereinigung angegeben wird. Auf diese Weise wäre das Recht Oesterreichs gewahrt, Preußen dagegen der gebührende Einfluß auf die Zeit einer Verwirklichung dieses Rechtes gesichert und das Wesen des neuen Vertrages demnach nur in den Verkehrserleichterungen zu suchen, die derselbe ins Leben rufen wird. Es ist dies ein Zugeständniß, daß man mit süß-saurer Miene macht, denn man verkennt in Berlin nicht die Bedeutung der Consequenzen dieser Concession, da Oesterreich damit andauernd eine Einmischung in die Angelegenheiten des Zollvereins, ein Widerspruch gegen die so eifersüchtig angestrebte Führung Deutschlands durch Preußen auf dem Gebiete der Handelspolitik offengehalten wird. Allein man betrachtet das als eine Erbschaft des Jahres 1853 und stellt sich nur die Aufgabe, unter Aneignung der Vortheile sie so wenig drückend zu machen, wie möglich. Die Prager Besprechungen haben übrigens, wie wir wiederholen, nur den Zweck einer vorläufigen Verständigung; die Verhandlungen über den neuen Handelsvertrag zwischen Oesterreich und dem Zollverein folgen erst demnächst. Uebrigens sollen die hiesigen Zollverhandlungen heute oder morgen geschlossen werden. Freiherr v. Hoch kehrt von hier nach Wien zurück. Die ihm von den Zeitungen aufgetriebene Reise nach Paris unterbleibt, wenigstens vor derhand. Graf Bille-Brabe, ehemals dänischer Gesandter in Wien, ist gestern Abends auf der Durchreise nach Wien, hier eingetroffen.

Krafsan, 26. September. Die „Lemb. Ztg.“ vom 22. Sept. bringt nachstehendes Verzeichniß der bei dem k. k. Kriegesgerichte zu Neu-Sandec im Monate August 1864 erfolgten und rechtskräftig gewordenen Urtheile.

Wegen Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe. 1. Bronislaus Babel aus Baranów, ehemaliger Student, 18 J. alt, zu 1 mon. Kerker und Anrechnung einer gleichen Dauer von seiner Untersuchungshaft als Strafe, fogleich der Haft zu entlassen. — 2. Franz Ochawski aus Alt-Sandec, Seilergehilfe, 15 J. alt. — 3. Johann Janowski aus Alt-Sandec, Töpfergehilfe, 16 J. alt. — 4. Johann Janoski aus Alt-Sandec, Schusterlehrling, 19 J. alt. — 5. Joseph Glaski aus Alt-Sandec, Schneiderlehrling, 17 J. alt, alle 4 zu 8 tag. Kerker und 1 mal Fasten. — 6. Andreas Biorowski aus Alt-Sandec, Maurergehilfe, 21 J. alt. — 7. Franz Zurewowski aus Alt-Sandec, Kürschner, 22 J. alt. — 8. Ludwig Garas aus Alt-Sandec, Seilergehilfe, 20 J. alt, alle 3 zu 2 wöch. Kerker und 1 mal Fasten in jeder Woche. — 9. Anton Kosinski aus Alt-Sandec, Schneider, 45 J. alt. — 10. Thomas Jaskólski aus Podegrodzie, verabschiedeter Soldat, 35 J. alt. — 11. Thomas Traczewski aus Alt-Sandec, Dienstknecht, 26 J. alt, alle 3 zu 1 mon. Kerker und 1 mal Fasten in jeder Woche. — 12. Andreas Baraszyk aus Alt-Sandec, Kürschnergehilfe, 18 J. alt. — 13. Roman Nepel aus Alt-Sandec, Fleischerhauergehilfe, 21 J. alt. — 14. Joseph Eis, aus Czany Potok, Pferdeknecht, 19 J. alt. — 15. Vincent Buedal aus Alt-Sandec, Tagelöhner, 23 J. alt, alle 4 zu 6 wöch. Kerker und 1 mal Fasten in jeder Woche. — 16. Joseph Ledniowski aus Alt-Sandec, Tagelöhner, 27 J. alt, zu 11 wöchentlichen Kerker und über Anrechnung der Untersuchungshaft von gleicher Dauer als Strafe, der Haft zu entlassen. — 17. Anton Bucowski aus Neu-Sandec, ehemaliger Techniker, 24 J. alt, zu 8 tag. Kerker. — 18. Johann Pachowski aus Wojnicz, Rauchfangkehrergehilfe, 27 J. alt, zu 3 wöchentlichen Kerker. — 19. Cajetan Wojciechowski aus Neu-Sandec, Tischlergehilfe, 25 J. alt, zu 1 mon. Kerker. — 20. Anton Symanski aus Tylicz, Schuster, 37 J. alt, zu 14 tag. Kerker. — 21. Andreas Labowski aus Labowa, ohne Beschäftigung, 38 J. alt, zu 3 monat. Kerker und Anrechnung einer gleichen Dauer der Untersuchungshaft als Strafe, fogleich der Haft entlassen. — 22. Ludwig Rozik aus Alt-Sandec, Kürschnergehilfe, 21 J. alt, zu 2 wöchentlichen Kerker und 1 mal Fasten in jeder Woche. — 23. Martin Kwiatkowski aus Alt-Sandec, Kürschnergehilfe, 18 J. alt, zu 2 1/2 monat. Kerker und 1 mal Fasten in jeder Woche. — 24. Petronella

Sumahska aus Bielopole, Gutsächtersgattin, 35 J. alt. — 25. Theodor Wittig aus Chelmiec, Gutsbesitzer, 45 J. alt. — 26. Heinrich Trauszyński aus Zabeleze, Gutsbesitzer, 23 Jahre alt, alle drei ab instantia losgesprochen.

Wegen Vergehens gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung (§. 556.)

27. Martin Pienkosza aus Bieloglowy, Grundwirth, 40 J. alt, zu 1 monat. einfachen Arrest, verschärft in jeder Woche mit 1 mal. Fasten, im Einzelarrest. — 28. Franz Solecki aus Biecz, Kürschner, 44 J. alt, zu 12 tag. einfachen Arreste und über Anrechnung der Untersuchungshaft von gleicher Dauer als Strafe, der Haft zu entlassen. — Martin Nowak aus Rafina, Grundwirth, 26 J. alt, zu 5 tag. Arrest. — 30. Sophie Nowak aus Rafina, Grundwirthin, 60 J. alt, zu 4 tag. Arrest. — Margarethe Kró aus Zawada, Dienstmagd, 23 J. alt, zu 8 tag. Arrest. — Johann Goryl aus Nawojowa, Tagelöhner, 37 J. alt, zu 10 Stockstreichen. — 33. Michael Gromala aus Zarzecz, Grundwirth, 24 J. alt, beide ab instantia losgesprochen.

Wegen Vergehens des unbefugten Waffenbesizes (Kundmachung v. 28. Februar 1864.)

35. Jacob Szumal aus Lopuszna, Grundwirth, 34 J. alt, zu 6 tag. Arrest.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 24. Sept. Se. Majestät der Kaiser wird erst Sonntag, den 25., um vier Uhr Nachmittags nach Ischl abreisen und dort längere Zeit verweilen. Wie aus Ischl berichtet wird, ist das Befinden Ihrer k. Hoheit der Erzherzogin Sophie entschieden in der Besserung begriffen, und hegt man Hoffnung, die hohe Frau in einigen Tagen das Krankenlager verlassen zu sehen.

Der päpstliche Nuntius Monj. Falcinelli hatte gestern Audienz bei Sr. Maj. dem Kaiser.

Im Finanzministerium, in welchem man die Wiederherstellung der Aluta unverrückt im Auge hat, wird, wie ein Wiener Corr. der „Schl. Z.“ schreibt, eine wichtige Finanzoperation, deren Basis eine Verpfändung eines Theiles der Stadtdomäne bilden soll, vorbereitet, und werden deshalb mit Herrn Longrand Sumorcan Verhandlungen gepflogen. Man betrachtet es in unsern finanziellen Kreisen als eine ausgemachte Sache, daß der für die Wiederherstellung der Aluta festgesetzte Termin genau eingehalten werden wird. Allerdings wird die Regierung durch mannigfache Umstände unterstützt und trägt namentlich die sichere Aussicht auf die Erhaltung des Friedens und das Gelingen eines Ausgleiches mit Ungarn nicht minder zu dieser Zuversicht bei, als die in der That sehr günstigen Ernteergebnisse dieses Jahres, die einen bedeutenden Export und Silberzufluß erwarten lassen.

Die „Wiener Abendpost“ bringt einen finanziellen Artikel, der die Lage der österreichischen Finanzen als günstig darstellt. Der betreffende Artikel geht zurück auf die vorjährige Dürre Ungarns, erwähnt der Spannung der Geldverhältnisse Europas, und endlich des Krieges in den Herzogthümern. Das vierzig-Millionen-Anlehen vom 11. Februar, so fährt die „Abdpst.“ fort, wurde vollständig in einer dem Aera vortheilhaften Weise abgesetzt. Der nächste Augenblick, welcher die Möglichkeit einer weiteren Operation darbot, war derjenige, der Wafferruhe während der Conferenzen in London; er wurde zum Auflegen eines zweiten Anlehens am 2. Mai benutzt, welches nach damals wohlgegründeten Voraussetzungen hauptsächlich den Absatz im Auslande erzielte. Der mangelhafte Erfolg dieser zweiten Operation (der erste mangelhafte Erfolg einer solchen Operation in neuerer Zeit) war bei der Verhandlung über das Anlehen wesentlich dem zweifelhaften Gang der Conferenzen, nach Abschluß der Verhandlung aber dem Wiederbeginne der kriegsrischen Operationen zuzuschreiben. Am Schlusse des Artikels ergeht sich dann die „Abdpst.“ im Hinblick auf die reichen Ernten, das befriedigende Einfließen der Steuern und den zu gewärtigenden baldigen Friedensschluß in den besten Hoffnungen. Nicht bloß, daß die außerordentlichen Ausgaben des Staates künftig aufhören sollen, auch die Rückerstattung der bisher gemachten stehende in naher Aussicht.

Vorgestern Abends kamen ungefähr 50 polnische Insurgenten, welche sich für das mexicanische Freiwilligen-corps hatten anwerben lassen, aus ihrem Internirungsorte Dimag hier an, und setzten gestern früh ihre Reise nach Laibach, wo das Corps sich sammelt, fort.

Bei dem am 23. d. zwischen Josephstadt und Königgrätz in Böhmen stattgefundenen Feldmanöver vor dem commandirenden General Grafen Clam entlief sich plötzlich ein furchtbares Donnerwetter, wobei ein Blitzstrahl gerade auf ein Geschütz niederfiel, einen Kanonier und drei Pferde tödtete, dem Batterie-Befehlshaber den Arm streifte und den Säbel aus der Hand schlug, den Oberlieutenant Matias Schwarz dagegen an Kopf und Brust lebensgefährlich verwundete und an beiden Armen lähmte. Es ist jedoch noch einige Hoffnung vorhanden, den letzteren am Leben zu erhalten.

Einem Feuilleton-Artikel der „Laib. Ztg.“ über das mexicanische Freiwilligen-corps entnehmen wir folgendes: Setzt ist bereits über die Hälfte der projectirten Zahl beisammen und hofft man das Corps bis zum Jahresabschlusse complet zu haben. Das größte Contingent stellt selbstverständlich Oesterreich; aber auch das übrige Deutschland, selbst die andern Staaten Europa's sind vertreten. Als der Stand noch nicht ganz 3000 Mann war, fand man darunter Sachsen, Curhessen, Sachsen-Meininger, Bayern, Baden, Hannoveraner, Preußen, Schweriner, Neapolitaner, Modenesen, Lombarden, Piemontesen, Russen, Franzosen, Engländer, im Ganzen 67 Ausländer. Unter den Kronländern Oesterreichs zählen Ober- und Niederösterreich, über

Böhmen, Mähren und Ungarn die meisten Vertreter, nämlich 774, 628, 321 und 341; von den Nachbarländern hatten Steiermark 87, Kärnten 34, Küstenland und Istrien 45 Mann, Croatien 35 Mann geliefert; Krain ist schließlich mit 179 Mann verzeichnet. Von den 2889 Mann, welche das Corps zählte, als die Nationalitätslisten entworfen wurden, sprachen fast Alle deutsch; der Abstammung nach waren, mit Ausnahme der Ausländer, 898 Deutsche, 1442 Slaven, 341 Ungarn, 141 Italiener. Diese Freiwilligen sollen zugleich die Cadres des künftigen Gewerksandes in Mexico bilden und Kaiser Mar hat darum den Wunsch ausgesprochen, daß mit dem ersten Transporte Professionisten aller Art aus dem Freiwilligen-corps geseht werden möchten. Es fehlt daran nicht. Unter den 3000, die das Corps jetzt zählt, sind 94 Schuhmacher, 90 Schneider, 65 Maurer, 61 Bäcker, 61 Tischler, 60 Fleischer, 60 Weber, 55 Schmiede, 33 Schlosser, 25 Müller, 23 Sattler, 17 Buchbinder, 17 Zimmerleute, 17 Bergleute, 10 Buchbinder, 10 Putzmacher, 9 Spengler, 9 Bandmacher, 9 Drechsler, 9 Gärtner, 6 Färber, 5 Köpfer u. c.

Deutschland.

Der in Jütland commandirende preussische General von Falkenstein hat eine Kundmachung dd. 20. d. M. erlassen, in welcher er bekannt gibt, es seien ihm von Kopenhagen aus Dienstinstructionen für die dänischen Beamten in Jütland einfach pr. Couvert zur Weiterbeförderung zugesandt worden. Die gegenwärtige Verwaltung Jütlands und die dänischen Beamten daselbst ständen jedoch in keinem dienstlichen Verkehr mit Kopenhagen und resortirten lediglich dem diesseitigen Militär-gouvernement; die Beamten hätten nur von diesem Befehle entgegenzunehmen. Würde dagegen gehandelt, so müßte dies als ein Vergehen gegen die zeitliche Landeshoheit Jütlands bestraft werden.

Die Harburger Amtszeitung enthält folgende Bekanntmachung des Generals v. Falkenstein: Auf Grund der Bestimmung des Waffensstillstandes, das aus den jütlandischen Revenüen außer den Verpflegungskosten der Armee nur die nothwendigsten Verwaltungskosten zu bestreiten sind, können fortan aus den Landes-einkünften nur diejenigen Zahlungen bewilligt werden, welche unmittelbar für die Verwaltung nothwendig sind, namentlich können durchaus keine Pensionen mehr erhoben werden. Alle entgegenstehenden Bestimmungen treten außer Kraft.

Laut einem Gouvernementsbefehl geht die preussische Occupationarmee in der Stärke von 30,000 Mann in Winterquartiere nach den östlichen Städten Jütlands zwischen Friedrichshafen und Horsens.

General-Lieutenant Haake ist, wie aus Kiel, 24. d., gemeldet wird, zu den Manövern der Bundes-truppen nach Zeehoe abgereist.

Von der dänischen Marine sind sämtliche schleswig'sche und hollstein'sche Seeleute entlassen worden.

Die nächstjährige Wanderversammlung deutscher Naturforscher und Aerzte soll in Hannover abgehalten werden.

Aus Schwalbach, 19. d., wird gemeldet: Die Kaiserin Eugenie hat seit einigen Tagen weder Brunnen getrunken noch gebadet. Sie ist blaß und leidend, und ging heute nur aus, indem sie sich rechts auf den Arm ihrer Hofdame Frau. Bouret und mit der linken Hand auf den ihr gebräuchlichen Stock stützte.

Die Briefe, welche L. Napoleon seiner Gemalin schreibt, tragen die Adresse: Der Kaiser an die Kaiserin. Bekanntlich trugen auch die Briefe Napoleon's I. an Marie Louise die Adresse: der Kaiser an die Kaiserin.

Der Kaiser und der Thronfolger von Rußland sind am 24. d. von Berlin Nachmittags zu einem zweitägigen Besuch nach dem großherzoglich weimar'schen Schlosse Wilhelmsthal abgereist.

Der zu den Manövern in Berlin eingetroffene Großherzog von Mecklenburg-Schwerin ist am 24. Abends nach Ludwigsburg zurückgekehrt.

Die Nachrichten über das Befinden der Frau v. Bismarck, schreibt die „N. P. Z.“ vom 24. d., lauten leider sehr ungünstig, so daß der Herr Ministerpräsident in den nächsten Tagen wohl nicht hierher zurückkehren dürfte. Se. Majestät der König selbst hat Herrn von Bismarck aufgefordert, seinen Urlaub nach eigenem Ermessen auszudehnen und die Rückkunft des Herrn v. Bismarck wird so kaum vor 8 Tagen zu erwarten sein.

Der Berliner Polen-Proceß. (Sitzung vom 20. d. Schlus.) Die Salobsgewer Expedition hatte bekanntlich einen für die Insurgenten unglücklichen Ausgang; trotzdem sammelt Taczanowski in und um Posen neue Schaaren. Es fanden sich auch viele Zugzuger ein und dieselben wurden von einem sogenannten Comité den einzelnen Truppengattungen zugetheilt und erhielten Waffen, Sold und Verpflegung. Man sang das Lied „Boze co's Polske“, schimpfte auf die Preußen und sprach von den alten guten Zeiten, welche wiederkehren würden, wenn die Russen geschlagen wären; nach diesen wurde es gegen die Preußen losgehen. Taczanowski selbst äußerte sich in dieser Weise in seinen Anreden an die Truppen. Die Disciplin war streng. Viele Personen haben gehört, daß die Mannschaften einen Eid leisten mußten. Andere haben gesehen oder doch davon reden hören, daß über Ungehorsam sogenannte Kriegsgerichte abgehalten wurden. Deserteure und Spione wurden gehängt, nachdem ihnen die Berichte abgenommen worden waren. Namentlich wurde einmal in einem Wald bei Posen eine solche Execution vollstreckt, von welcher man schon vorher im Lager allgemein gesprochen hatte, so daß Zeugen annehmen, jedem der Combattanten sei die Vollstreckung bekannt gewesen. Diese Thatfachen sind erwiesen durch die eiblichen Aussagen der Zeugen Baderlehrlinge Zimmermann, Meer, Simun, Piam, und diejenigen mehrerer Mitangeklagten. Die gesammelten Haufen schloßen in drei Gefechten, am 29. April bei Posen, später bei Kolo und am 8. Mai bei Zgnowo. Nach dem letzteren begaben sich viele Insurgenten über die preussische Gränze zurück. Der Theilnahme an

Meteorologische Beobachtungen.